

DAe der öffentlichen GR-Sitzung vom 17.09.2020

Fraktion	Betreff des DAes
KPÖ	Grün- und Freiflächenfaktor <i>Dringlichkeit und Antrag einstimmig angenommen, Zusatzantrag mit Mehrheit angenommen (gegen FPÖ)</i>
KPÖ	Betreuungssicherheit für Eltern im coronabedingten Bedarfsfall <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>
FPÖ	Dokumentationsstelle für den religiös motivierten politischen Extremismus (politischer Islam) für Graz <i>Antrag mit Mehrheit angenommen (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>
Grüne	Auftreten gegen Diskriminierung mit mehr Sichtbarkeit von Diversität <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>
Grüne	Humanitäre Katastrophe von Moria – unsere Verantwortung <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>
SPÖ	Graz hat Platz: Aufnahme von minderjährigen Flüchtlingen aus Moria <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>
Neos	Aufnahme schutzbedürftiger Kinder aus Moria <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>
SPÖ	Novellierung der Initiative „Unser Wirt ums Eck“/Gastrogutschein als Vergütung zur Unterstützung des Grazer Handels und der Grazer KMU <i>Dringlichkeit abgelehnt (gegen KPÖ, Grüne, SPÖ, Neos)</i>



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 17. September 2020

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Grün- und Freiflächenfaktor

Wenn man mit Grazerinnen und Grazern über Bodenversiegelung, Grünraum, Parks und Erholungsflächen, aber auch über die Folgen der Klimaveränderung spricht, hört man immer häufiger große Unzufriedenheit mit der Grünraumausstattung heraus.

Die Kritik bezieht sich dabei sowohl auf den öffentlichen Raum als auch auf viele Bauvorhaben, bei denen zu wenig auf den Grünraum, öffentlich und siedlungsöffentlich, geachtet wird. Dabei geht es bei beiden Punkten um Grünraum in unmittelbarer Nähe der Wohnung bzw. auch des Arbeitsplatzes, also fußläufig erreichbaren. Dass Graz über einige große Parkanlagen und im Grüngürtel über schöne Ausflugsziele verfügt, steht ja außer Zweifel.

Aber dieser tagtäglich spürbare Mangel an Grün hat ja auch in der Vergangenheit zu Diskussionen hier im Gemeinderat geführt.

Im Februar 2018 schickten wir eine einstimmig beschlossene Petition an das Land Steiermark. Ziel war es, die Bodenversiegelung im Zuge von Bauverfahren zu reduzieren.

Im Zusammenhang mit der Diskussion und der Beschlussfassung über das Räumliche Leitbild gab es zwei Petitionen. Einmal im Wege einer Dringlichkeitsverfügung des Herrn Bürgermeisters, kurz darauf eine weitere des Gemeinderats im Juni 2019. Ziel war, eine Verordnungsermächtigung zu erhalten, um die Vorschreibung eines Grün- und Freiflächenfaktors zu ermöglichen.

Der Erfolg dieser Petitionen war enden wollend. Die Novellierung des Steiermärkischen Baugesetzes vor mittlerweile einem Jahr erlaubt der Stadt Graz lediglich, den Grad der Bodenversiegelung von unbebauten Flächen vorzuschreiben bzw. einen höheren Prozentsatz (als 50 %) der nicht überdachten Abstellflächen festzulegen. Das ist natürlich bei weitem nicht ausreichend.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht das Land Steiermark noch einmal eindringlich, § 8 (3) wie folgt, abzuändern:

„(3) Überdies wird die Gemeinde ermächtigt, zur Erhaltung und Verbesserung des Kleinklimas und zur Erhaltung eines nachhaltigen Grundwasserhaushaltes einen Grünraum- und Freiflächenfaktor, als Verhältnis der Grün- und Freiflächen zur Bauplatzfläche, zu verordnen.“

2. Die Bau- und Anlagenbehörde sowie das Stadtplanungsamt erarbeiten nach Vorliegen der entsprechenden gesetzlichen Ermächtigung unverzüglich eine entsprechende Verordnung und legen diese zur Beschlussfassung vor.



Zusatzantrag der Grünen - ALG

eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 17. September 2020

von

KO GR Karl Dreisiebner

Betrifft: Zusatzantrag zum Dringlichen Antrag von KO Eber, „Grün und Freiflächenfaktor“

Der Antrag möge um folgenden 3. Antragspunkt ergänzt werden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, mit der Landesebene Gespräche aufzunehmen, mit dem Ziel eines gemeinsamen Fach-Symposium von Stadt Graz und Land Steiermark zum Themenkomplex Baulanddurchgrünung und Versiegelungsreglements als Instrument der Klimawandelanpassung für wachsende urbane und semi-urbane Gemeinden und Städte. Zielgruppen sollen die politischen Verantwortungsträger*innen und die Fach-Expert*innen auf Gemeinde- und Landesebene sein, die dann in einem weiteren Prozess neue Lösungen für die Herausforderungen, mit denen die Stadt Graz konfrontiert ist, entwickeln sollen.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Horst Alic

Donnerstag, 17. September 2020

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Betreuungssicherheit für Eltern im coronabedingten Bedarfsfall

Zu Beginn der Coronakrise gab es seitens der DienstgeberInnen noch mehr Möglichkeiten, auf einen Freistellungsbedarf ihrer MitarbeiterInnen einzugehen, wenn sie zur Betreuung ihrer Kinder zu Hause bleiben mussten.

Mittlerweile sind aber die Kontingente betreffend Urlaub, Pflegefreistellung usw. bei vielen Eltern bereits aufgebraucht. Es steht zu befürchten, dass es bei einer Verschärfung der Krise in den nächsten Wochen und Monaten immer wieder zur Schließung von Schulen oder sonstigen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen (Kindergärten, Kinderkrippen, Horte) kommen wird.

Hier gilt es, als Stadt für den Fall der Fälle vorbereitet zu sein, um Eltern in dieser Situation bestmöglich unterstützen zu können, damit die Betreuung der Kinder einerseits sichergestellt und andererseits auch leistbar ist.

Vorstellbar wäre, dass die Stadt Graz einen Pool für Notfall-Betreuungspersonen einrichtet oder mit bereits bestehenden Einrichtungen, wie z. B. KiB, BabysitterInnenpool der TU o. ä., zusammenarbeitet, evtl. auch über die Kinderdrehscheibe.

Als finanzielle Unterstützung für die Eltern wären beispielsweise Schecks oder eine Refundierung von Betreuungskosten denkbar.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, mehrere Möglichkeiten zu prüfen, um Eltern im Bedarfsfall lt. Motivenbericht bestmögliche Unterstützung zur Sicherstellung der Betreuung ihrer Kinder zukommen zu lassen.



Klubobmann Mag. Armin Sippel, MPA
Gemeinderat Peter Stöckler
Gemeinsamer Dringlicher Antrag von FPÖ und ÖVP

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 16. September 2020

Betreff: Dokumentationsstelle für den religiös motivierten politischen Extremismus
(politischer Islam) für Graz
Gemeinsamer Dringlicher Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Bundesregierung hat in ihrem Regierungsprogramm die Einführung einer Dokumentationsstelle gegen den politischen Islam festgeschrieben. Mit der in Wien im Juli eröffneten Einrichtung zur Bekämpfung des politischen Islam wird ein wichtiges gesellschaftspolitisches Zeichen gesetzt. Mehrere Studien, wie auch jene von Ednan Aslan zur Wertorientierung von geflüchteten Menschen, haben einen klaren Handlungsbedarf hervorgebracht. Neben den vielen Integrationsmaßnahmen die seitens der Stadt umgesetzt werden macht auch die Polizei darauf aufmerksam, dem politischen Islam, der auch vor unserem Stadtgebiet nicht haltmacht, entschieden entgegenzutreten.

Nicht zuletzt die islamistisch-antisemitisch motivierten Angriffe auf die Grazer Synagoge und den Präsidenten der jüdischen Gemeinde, Elie Rosen, veranschaulichen die Notwendigkeit einer solchen Institution auch in Graz. Die Stadt Graz darf religiös motivierten Extremismus nicht dulden. Um Radikalismen erfolgreich begegnen zu können, braucht es eine Stärkung der Kompetenz vor Ort.

Namens der Klubs von FPÖ und ÖVP ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat der Stadt Graz begrüßt ausdrücklich die von der Bundesregierung eingerichtete Dokumentationsstelle gegen den Politischen Islam. Der Bundesgesetzgeber wird daher am Petitionswege ersucht, eine Zweigstelle dieser Dokumentationsstelle laut Motivenbericht unter Einbeziehung von Grazer Experten auch in der Landeshauptstadt Graz zu etablieren.



Dringlicher Antrag der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 17.09.2020

von

GR Mag. Gerald Kuhn

Betrifft: Auftreten gegen Diskriminierung mit mehr Sichtbarkeit von Diversität

Unsere Gesellschaft ist vielfältig und das ist gut so. Vieles hat sich auf rechtlicher und gesellschaftspolitischer Ebene in den vergangenen Jahren auch verändert und verbessert. Trotzdem ist die Diskriminierung – verdeckt oder offen - von lesbischwul-transgender-intersexuellen Lebensweisen nach wie vor Realität und Alltag. Es gibt leider immer wieder offene Anfeindungen.

Was wohl in der Empörung und Sorge über die antisemitischen Übergriffe in unserer Stadt etwas unterging ist die Tatsache, dass sich die Gewalt des Täters auch gegen die Vereinsräumlichkeiten der Rosalila PantherInnen und damit gegen LesBiSchwule-, Transgender- und Intersexuelle-Personen richtete. Auch in Wien gab es eine von Hass getragene Aktion, als bei einer Kundgebung von sog. „Querdenker*innen“ auf der Bühne und unter Beifall des Publikums eine Regenbogenfahne, die weltweit als Symbol der LesBiSchwul-Trans-Inter* Community gilt, zerrissen wurde.

Um solchen Übergriffen, der Hetze und der Diskriminierung entgegenzutreten, sind eine klare Haltung, breit geführte Diskurse, Informations- und Bewusstseinsangebote sowie eine queere Sichtbarkeit im Alltag erforderlich.

Wir wissen aus zahlreichen Untersuchungen, dass es mit der Akzeptanz von gleichgeschlechtlich Liebenden nicht allzu weit her ist und dass es nach wie vor großen Handlungsbedarf gibt. So zeigt der Eurobarometer, eine von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene regelmäßig durchgeführte Meinungsumfrage, die unterschiedlichen Akzeptanzniveaus in den EU-Mitgliedsstaaten auf. Antworteten auf einer 2019 geführten Umfrage 95% der Schwed*innen, 92% in den Niederlanden, sowie 90% in Dänemark, dass sie kein Problem mit homosexuellen Paaren haben, stimmten in Österreich nur 65% dieser Frage zu. Hier ist also noch viel Luft nach oben.

Die Menschenrechtsstadt Graz kann zu einem positiven Diskurs einiges beisteuern: Sie könnte

beispielsweise Straßenbahnen und Busse, wie mittlerweile seit 2001 in Wien, mit Regenbogenfahnen ausstatten und damit zur Sichtbarkeit und Akzeptanz beitragen. Aber auch im Bildungs- und Präventionsbereich und in der Jugendarbeit wäre noch viel zu tun. In Schulen, Kindergärten oder Jugendzentren kann durch queere und gendergerechte Kinder- und Jugendliteratur oder durch Workshops, wie sie die Rosalila PantherInnen in den letzten Jahren immer wieder angeboten haben, verstärkt Akzeptanz in den Bereichen Queer und Gender gefördert werden und so ein besseres und selbstverständlicheres Miteinander entstehen. Für die unterschiedlichen Alterszielgruppen benötigen wir adäquate Bildungskonzepte, um Zugänge, Sensibilisierung und Bewusstsein zu schaffen.

In diesem Sinne stelle ich folgenden

Dringlichen Antrag

1. Der Gemeinderat begrüßt die Idee der Beflaggung aller Straßenbahnen und Busse in Graz mit Regenbogenfahnen für 14 Tage im Juni (Mitte bis Ende Juni – zur CSD-Parade in Graz) und ersucht die zuständigen Stadtregierungsmitglieder, entsprechende Umsetzungsschritte zu setzen.
2. Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht zu prüfen, ob allen Bibliotheken von Kindergärten, Volks- und Mittelschulen, sowie Jugendzentren queere und gendergerechte Kinder- und Jugendliteratur zur Verfügung gestellt werden kann. Weiters wird um eine Prüfung ersucht, wie Bildungseinrichtungen im Wirkungsbereich der Stadt Graz mit Antidiskriminierungsworkshops unterstützt werden können.
3. Bürgermeister Nagl wird ersucht, VertreterInnen aus dem Queerbereich zu einem Runden Tisch einzuladen und gemeinsam mit der Antidiskriminierungsstelle sowie den im Gemeinderat vertretenen Fraktionen über die aktuelle Situation in Graz hinsichtlich Diskriminierung von LesBiSchwul-Trans-Intersexuellen Personen und über notwendige Präventionsmaßnahmen insbesondere im Bereich Information und Bewusstseinsbildung zu beraten.
4. Bürgermeister Siegfried Nagl wird ersucht, bei Treffen mit VertreterInnen von Städtepartnerschaften, die menschenrechtlich bedenkliche Verordnungen erlassen haben bzw. wo Homo-Bi-Trans-Intersexuelle Personen offen diskriminiert werden, strikt auf die Unteilbarkeit der Menschenrechte hinzuweisen.



Dringlicher Antrag der Grünen-ALG

eingebraucht in der Gemeinderatssitzung vom 17. September 2020

von

GRⁱⁿ Manuela Wutte, MA

Betrifft: Humanitäre Katastrophe von Moria – unsere Verantwortung

Im Flüchtlingslager Moria hat sich vor wenigen Tagen die verheerende Katastrophe ereignet, vor der Helfer*innen vor Ort schon lange gewarnt haben. „Europa hat diese Katastrophe seit vielen Monaten sehenden Auges in Kauf genommen“, brachte Klaus Schwertner, Generalsekretär der Caritas der Erzdiözese Wien, es treffend auf den Punkt. In einem Lager, das für 2.800 Menschen ausgelegt war, lebten zwischenzeitlich 20.000 Menschen unter katastrophalen, menschenunwürdigen Bedingungen. Auch viele unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge lebten im Lager, wo sie nach traumatischen Kriegserfahrungen weiterer Gewalt ausgesetzt waren.

Anfang September waren es noch immer ca. 13.000 Menschen, die aufeinander gepfercht, unterernährt, durch fehlende Sanitäreanlagen krank und ohne Perspektive in dem völlig überfüllten Lager lebten. Anfang September traten die ersten Covid19-Fälle im Lager auf, obwohl Ärzte ohne Grenzen seit Monaten eine Evakuierung des Lagers forderten, weil Abstandsregeln und Hygienemaßnahmen unmöglich einzuhalten waren (1.300 Menschen teilten sich beispielsweise einen Wasserhahn). EU-weit hatten bereits im März über 300 NGOs (darunter auch viele österreichische) eine Evakuierung von Moria und anderer Lager gefordert, um eine Katastrophe inmitten der Corona-Pandemie zu verhindern. Nachdem entgegen aller Empfehlungen eine Massenquarantäne über das Lager verhängt wurde, kam es am 8. September zu dem verheerenden Brand, der fast das gesamte Lager zerstörte.

Die aktuelle Situation nach dem Brand ist für die Flüchtlinge, unter ihnen viele Kinder, katastrophal. Stundenlang stellen sich die Menschen für Essen, ja für einen halben Liter Trinkwasser pro Familie an. Es gibt keine Sanitäreanlagen, keine Toiletten, keine Duschen. Das Ersatzlager, das jetzt errichtet wird, bietet Platz für 800 Personen, rd. 600 davon sind inzwischen bezogen. Bis tatsächlich alle Flüchtlinge

auf der Insel untergebracht sind, dürften Wochen, ja Monate vergehen. Und das alles mitten in der Corona-Epidemie.

Aber auch abseits der Brandkatastrophe ist die Situation auf Lesbos menschenunwürdig. 2014 wurde das Lager Moria als sogenannter Hot-Spot eingerichtet. Hier sollten – so die offiziellen Ankündigungen - ankommende Asylsuchende rasch registriert und ihre Asylanträge schnell bearbeitet werden. Abgelehnte Asylsuchende sollten in die Türkei zurückgebracht werden, im Gegenzug dafür sollten die EU-Länder dann Flüchtlinge mit Schutzstatus aus der Türkei aufnehmen. Wir wissen, dass all dies nie passiert ist. Die Asylverfahren auf den griechischen Inseln dauern jahrelang, die Chance, Asyl zu erhalten, sind minimal und selbst jene, die Asyl bekommen, dürfen das Lager nicht verlassen. Die Übernahme von Flüchtlingen durch EU-Länder aus der Türkei, wo alleine 3,6 Millionen syrische Flüchtlinge leben, hat nicht stattgefunden, genauso wenig die Rückübernahme von den Inseln in die Türkei. Für die auf den griechischen Inseln gestrandeten Flüchtlinge gibt es kein Vor und kein Zurück.

An Moria lässt sich das Scheitern der Flüchtlingspolitik der EU deutlich illustrieren. Es geht hier nämlich nicht darum, Schutzbedürftige zu identifizieren, ihnen entsprechend der Genfer Konvention Schutz zu gewähren und sie während des Verfahrens menschenwürdig unterzubringen. Moria diene und dient vor allem als Abschreckungsexempel für Geflüchtete, die sich Schutz in der EU erhoffen. Dieser Zustand muss endlich ein Ende finden und zwar jetzt, wo geflüchtete Familien zu tausenden nahezu ohne Versorgung auf der Straße leben und das in einem Mitgliedsstaat der EU.

In den letzten Wochen haben sich einige europäische Länder bereit erklärt, Kinder und ihre Familien aus Griechenland aufzunehmen. Wo die jeweiligen Regierungen zögern oder ablehnende Haltungen einnehmen, zeigen immer mehr Kommunen aber auch Bundesländer ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Moria. Auch in Österreich gibt es Städte, die mit gutem Beispiel vorangehen. So haben sich u.a. Wien und Innsbruck bereit erklärt, 100 bzw. 50 schutzbedürftige Kinder aufzunehmen.

Auch Graz trägt hier Verantwortung. Wir sind Menschenrechtsstadt und können nicht einfach wegsehen, wenn Menschenrechte, noch dazu auf europäischem Boden, derart massiv verletzt werden. Und auch der Bürgermeister der Menschenrechtsstadt Graz kann sich nicht auf die Position zurückziehen, zu dem Thema einfach nichts zu sagen (siehe Standard Online, 11. 9.2020)

In Graz gibt es auch etliche Menschen, die bereit wären, geflüchtete Menschen bei sich aufzunehmen und zu unterstützen; auch in der organisierten Flüchtlingsunterbringung gibt es noch freie Kapazitäten. Wir können jetzt sofort handeln und als Kommune ein starkes Zeichen für die Aufnahme von absolut schutzbedürftigen Menschen setzen – das ist ein Gebot der Menschlichkeit!

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Dringlichen Antrag

- 1.) Der Grazer Gemeinderat bekennt sich zum Menschenrecht auf Asyl nach der Genfer Flüchtlingskonvention, das allen Schutzsuchenden zusteht. Um dieses Menschenrecht zu gewährleisten, steht allen Schutzsuchenden ein faires und den rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechendes Asylverfahren zu, eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung sowie Schutzmaßnahmen für besonders vulnerable Gruppen, wie beispielsweise Kinder, unbegleitete Jugendliche oder Traumatisierte.
- 2.) Um dieses Menschenrecht auf Asyl zumindest innerhalb der EU zu sichern, ersucht der Grazer Gemeinderat die Bundesregierung auf dem Petitionsweg, sich auf EU-Ebene und in bilateralen Gesprächen für die Einhaltung dieser Standards in allen Mitgliedsstaaten einzusetzen sowie für eine EU-weite Verteilung geflüchteter Menschen.
- 3.) Die Menschenrechtsstadt Graz erklärt sich bereit, mindestens 50 minderjährige Kinder und deren Familien aus dem ehemaligen Lager Moria in Graz aufzunehmen und wird diese Bereitschaft dem Bundesminister für Inneres zur Kenntnis bringen.

Betreff: Graz hat Platz
Aufnahme von minderjährigen Flüchtlingen
aus Moria



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

Dringlicher Antrag
an den Gemeinderat
eingbracht von Frau Gemeinderätin Anna Robosch
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 17. September 2020

Seit mehr als einer Woche stehen abertausende von Kindern vor den abgebrannten Resten des Flüchtlingslagers Moria. Das menschenunwürdige Horrorlager auf Lesbos galt seit Jahren als Schande Europas. Doch spätestens seit dem Brand können wir nicht länger wegsehen. Ich selbst kenne Helfer*innen vor Ort, die Unvorstellbares berichten. Etwa, dass sich Kinder im Alter von 6 Jahren in diesem Lager das Leben nehmen, weil sie keinerlei Hoffnung und Kraft mehr haben.

Ich weiß, es gibt zwischen unseren Parteien große Unterschiede und oftmals hitzige Diskussionen in diesem Gremium. Das alles ist Teil der Demokratie. Doch wenn es je einen Augenblick gab, die Differenzen beiseite zu legen und sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, dann jetzt. Das Bestreben, Kinder aus dem tiefsten Elend zu befreien, das man sich vorstellen kann und ihnen wieder Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu geben, muss etwas sein, das uns alle vereint.

Ich hätte nicht gedacht, dass dieser Moment einmal kommt, aber ich möchte Michael Jeanne zitieren: *„Kinder wissen nicht, was Schlepper sind, Profite, morsche Boote, das Mittelmeer, Ärzte ohne Grenzen, die Caritas. Kinder sind ahnungslos, warum die einen wollen, dass sie leben, die anderen ihren Tod in Kauf nehmen. Kinder wissen nichts von beinharten Überzeugungen, von Parteien, von Wahlkämpfen, von Koalitionen, von Humanität, von Kalkül, von Berechnung, vom politischen Spiel. Kinder wollen nur leben, einfach nur leben, überleben!“*

Darum bitte ich sie, liebe Kolleg*innen, machen wir das nicht zu einem Politikum. Befreien wir diese Kinder aus der Hölle von Moria!

Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge an die Bundesregierung auf dem Petitionswege herantreten, um die Aufnahme von minderjährigen Geflüchteten aus dem Lager Moria in Österreich zu ermöglichen. Die Stadt Graz soll sich dem Bündnis der österreichischen Kommunen anschließen, die sich bereit erklärt haben, Kinder aus Moria in ihren Gemeinden und Städten aufzunehmen.



Dringlicher Antrag

an den Gemeinderat in der Sitzung vom **17. September 2020**
eingebracht von *Sabine Reininghaus*

Betreff: Aufnahme schutzbedürftiger Kinder aus Moria

Die Zustände in den Lagern für Asylwerber_innen und Migrant_innen auf den griechischen Inseln sind als „Schande für Europa“ zu bezeichnen und als solche unvereinbar mit den europäischen Werten.

Im Lager Moria auf Lesbos herrschten derart unmenschliche Bedingungen, sodass beispielsweise für 1.300 Menschen nur 1 Wasserhahn zur Verfügung stand, ohne Seife versteht sich.

Dass es unter solchen Umständen zur Ausbreitung des Coronavirus kommen wird, war vorprogrammiert:

Das Lager Moria ist für 2.800 Menschen konzipiert, wobei zuletzt etwa 12.600 Menschen dort lebten. Ein menschenunwürdiges Dasein, ohne ausreichende Hygiene und medizinische Versorgung. Um eine humanitäre Katastrophe auf dem Terrain der Europäischen Union zu verhindern, hätten die Lager schon längst geräumt werden müssen.

Doch damit nicht genug: Durch die Vernichtung des Lagers Moria in der Nacht auf den 9. September, wurden tausende Menschen, darunter eine Vielzahl von Kindern, auf einen Schlag zu Obdachlosen.

Angesichts der sich zuspitzenden Lage startete die Europäische Union jetzt ein freiwilliges Programm zur Umsiedlung besonders schutzbedürftiger Menschen, also unbegleiteter Kinder.

Im Rahmen des EU-Hilfs-Programms sollen die aus den Elendslagern ausgewählten Kinder, in sichere Unterkünfte nahe Athen gebracht werden, wo dann die Kommission deren Ausreise in andere EU-Mitgliedstaaten organisiert und finanziert.

Dieses Programm gewährt Kindern das, was ihnen gebührt: Schutz, Sicherheit, eine adäquate Gesundheitsversorgung, sowie eine positive Perspektive für deren Leben.

Bislang erklärten sich 11 Mitgliedstaaten bereit, insgesamt über 2.000 Kinder und Jugendliche aus den griechischen Lagern aufzunehmen: Belgien, Bulgarien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Kroatien, Litauen, Luxemburg, Portugal, Slowenien.

Auch Norwegen und Serbien möchten sich am Re-Location-Programm der EU-Kommission beteiligen. Nach Angaben der EU-Kommission wurden bisher gut 640 Menschen durch sieben EU-Länder aufgenommen (Deutschland, Luxemburg, Irland, Portugal, Finnland, Belgien, Frankreich).

Das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO), die Internationale Organisation für Migration (IOM), der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) und das Internationale Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) begleiten die Umsetzung des Programms.

Die österreichische Bundesregierung hat sich bislang geweigert, auch nur ein einziges Kind im Rahmen des Programms der EU-Kommission aus Griechenland aufzunehmen.

Unsere Anträge wurden auf Bundesebene abgelehnt. Allerdings hätte allein die Stadt Graz genügend Kapazitäten, um zumindest 17 schutzbedürftige Kinder, das wäre lediglich 1 Kind für jeden Grazer Bezirk, aus den Lagern in Moria aufzunehmen und zu versorgen.

Um in einer Stadt der Menschenrechte auch tatsächlich einen Akt der Menschlichkeit zu zeigen, stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung des Grazer Gemeinderates den

dringlichen Antrag

der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

- 1.) Die Stadt Graz wird die Bundesregierung auffordern, sich am EU-Programm zu beteiligen, um unschuldigen Kindern Schutz, Sicherheit, eine adäquate Gesundheitsversorgung sowie eine positive Lebensperspektive zu bieten.
- 2.) Die Grazer Stadtregierung wird aufgefordert die Menschenrechtsstadt Graz als Aufnahmeort von schutzbedürftigen Kindern aus Moria anzubieten und die Kapazitäten für die Aufnahme von 17 Kindern zu prüfen.

Betreff: Novellierung der Initiative „Unser Wirt ums Eck“ / Gastrogutschein als Vergütung zur Unterstützung des Grazer Handels und der Grazer KMU



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

DRINGLICHER ANTRAG

eingebraucht von Herrn Gemeinderat Michael Ehmann
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 17. September 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Dass der in der Gemeinderatssitzung vom 9. Juli 2020 von mir per Dringlichkeitsantrag vorgeschlagene Gastro-Gutschein - der Gemeinderat hatte sich mit den Stimmen von KPÖ, FPÖ, Grüne und SPÖ auch mehrheitlich für eine rasche Prüfung betreffend Realisierung ausgesprochen – für die Corona-geplagte Gastronomie von großem Wert wäre, zeigen die zahlreichen positiven Rückmeldungen.

In dem Sinne wäre es denn auch wirklich wünschenswert und erforderlich, dass dieses die Gastronomie in den jeweiligen Bezirken stützende Modell möglichst rasch umgesetzt wird, da angesichts alarmierender Meldungen davon auszugehen ist, dass die Corona-Pandemie zumindest in den kommenden sechs bis zwölf Monaten gravierende Auswirkungen haben und zu äußerst vielen Insolvenzen führen wird.

Nachdem sämtliche Wirtschaftsfachleute insgesamt für den Bereich der KMU in nächster Zeit Corona-bedingt massive Probleme befürchten und vor Pleitewellen warnen, bietet sich der Gastrogutschein auch an, angelehnt an das Vorbild Villach, hier insgesamt einen wertvollen Impuls für den Grazer Handel und die Grazer Dienstleistungsbetriebe zu setzen. Und zwar dergestalt, dass jeder Grazer Haushalt einen Gastro-Gutschein in Höhe von 50 Euro erhält, einlösbar ausschließlich in Gastronomiebetrieben im jeweiligen Wohnbezirk) - als eine „Vergütung“ dafür, wenn in einem Grazer Geschäft eingekauft oder ein Grazer Dienstleister/eine Grazer Dienstleisterin beauftragt wurde.

Konkret: Einmalig sollen 25 Prozent eines Einkaufs in einem Grazer Geschäft oder einer Rechnung eines Grazer Dienstleistungsunternehmens über das „Haus Graz“ in Form eines Gastro-Gutscheines rückvergütet werden, der jedoch ausschließlich im eigenen Wohnbezirk konsumiert werden kann. Und zwar 50 Euro pro Haushalt, wobei die Mindestauftragssumme aufgrund des organisatorischen Aufwandes 50 Euro sein sollte.

Das wäre ein Modell, von dem in der Tat alle profitieren könnten – die Gastronomie, die Grazer Wirtschaft, die Beschäftigten, alle Grazer Haushalte. Und auch die Summe, die mit diesem Modell bewegt

werden könnte, kann sich sehen lassen: Bei einem maximalen Einsatz von 7 Millionen Euro durch die Stadt Graz könnten so für Gastronomie und Grazer Wirtschaft mindestens 35 Millionen Euro „mobilisiert“ werden: In dieser Corona-geplagten Zeit wäre das ein wichtiger Impuls für unsere Grazer Unternehmen und für die Gastronomie, und es käme gleichzeitig auch allen Grazerinnen und Grazern zugute.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die ressortverantwortlichen Stadtsenatsreferenten Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Finanzstadtrat Dr. Günter Riegler werden ersucht, prüfen zu lassen, inwieweit über das Haus Graz eine nunmehr gemäß Motivenbericht novellierte Initiative „Unser Wirt ums Eck 2.0“ gestartet werden kann. Demgemäß soll heuer jeder Grazer Haushalt einmalig als „Vergütung“ für Ausgaben im Grazer Handel bzw. im Grazer Dienstleistungsbereich unter den im Motivenbericht genannten Kriterien bzw. Voraussetzungen einen Gastrogutschein in Höhe von maximal 50 Euro erhalten, einzulösen ausschließlich im Wohnbezirk.